

# Demokratie muss dem Staat etwas Wert sein

**Noch sitzt Johanna Wirth Calvo für die Grünen im Bülacher Gemeinderat, doch ob ihre Partei, die sie auch präsidiert, den Wahlkampf kommenden Frühling nochmals packt, ist ungewiss. Warum die Gründe dafür hauptsächlich bei strukturellen Problemen der Milizpolitik zu suchen sind, erklärt sie im Gespräch mit Nicole Soland.**

**P.S.: Im flächenmässig grossen und SVP-dominierten Bezirk Bülach grüne Politik zu machen, ist prinzipiell schwierig – oder?**

**Johanna Wirth Calvo:** Ich sitze seit dem Jahr 2000 im heute 28-köpfigen Bülacher Gemeinderat, bin seit Jahren im Vorstand der

ne ich dafür 3500 Franken netto, von denen 20 Prozent an die Partei gehen. Zähle ich zu den Sitzungsgeldern die parteipolitische, sprich unentgeltlich geleistete Arbeit dazu, dann komme ich auf einen Stundenlohn, der weit unter demjenigen einer Reinigungsangestellten liegt; er entspricht ungefähr dem, was ein unqualifizierter, stundenweise beschäftigter Apfelpflücker in Andalusien verdient.

**Brauchen wir bezahlte BerufspolitikerInnen?**

Nein, darum geht es nicht. Um meine Aufzählung abzuschliessen: Im Gegensatz zu den Grünen in der Stadt Zürich haben wir kein Sekretariat, und das Sekretariat der Kantonalpartei hat genug zu tun mit der Kantons-

**Die VertreterInnen der Bürgerlichen haben es schlicht nicht nötig, mit ihrem Milizamt etwas zu verdienen?**

Nein, das stimmt auch wieder nicht. Das Amt ist ein Riesenaufwand für alle – aber wer auf dem Land zum Beispiel ein Bauunternehmen hat, ein Sanitärgeschäft oder so, der kann Aufträge generieren über das Netzwerk, das er als Amtsträger hat; für diese Leute ist das Amt interessant. Die anderen jedoch opfern dem Amt nicht nur viel Zeit und Energie: Wenn sie gut qualifiziert sind, ist es ein finanzielles Verlustgeschäft für sie.

**Aber am Geld allein liegt es wohl kaum?**

Nein, ein weiteres kernpolitisches Problem besteht darin, dass ich als Gemeinderätin in der Wirtschaftskommission – für die ich als Kunsthistorikerin zudem nicht unbedingt prädestiniert bin – mit Leuten aus der SVP, FDP, EVP und SP sitze, oder anders gesagt: Ich kann dort nicht mit jemandem von den Grünen zusammenspannen. Allerdings bin ich insofern keine Ausnahme, als dass wir alle mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben, wenn wir um die Lösung einer Aufgabe ringen...

**Wie meinen Sie das?**

Meine KollegInnen sind als ÄrztIn, Juristin, Sanitärinstallateur genauso super qualifizierte Berufsleute, wie ich es als Kunsthistorikerin bin – aber sie sind für die politische Arbeit ebensowenig qualifiziert wie ich. Ich habe mir in den vergangenen knapp zehn Jahren mein Knowhow aufgebaut, ich habe drei Wahlkämpfe gemanagt, Kommissionssitzungen geleitet, Initiativen aufgegleist, aber wie soll ich zusammen mit meinen KollegInnen Verantwortung übernehmen können für ein 36-Millionen-Budget? Natürlich haben wir alle viel gelernt darüber, wie ein gutes Budget zustande kommt und wie man innert nützlicher Frist merkt, ob eine Rechnung 'verhebet' oder nicht, aber wir sind keine Profis und könnten deshalb Unterstützung gut gebrauchen.

**Und diese Unterstützung müssten die jeweiligen Parteien bieten?**

Entweder die Parteien, noch besser aber der Staat. Ich sehe bei meiner Arbeit in Spanien,

## «Der Mangel an Geld und politischer Bildung stellt langfristig eine der grössten Gefährdungen der Demokratie dar.»

Grünen Bülach, war drei Jahre Co-Präsidentin und bin seit diesem Jahr Präsidentin, habe also knapp zehn Jahre Erfahrung als Lokalpolitikerin. Und aus dieser Erfahrung heraus komme ich zum Schluss, dass die Probleme, die wir als kleine Ortspartei haben, nicht viel mit unserer Kleinheit zu tun haben oder damit, dass wir von der SVP 'umzingelt' sind.

**Sondern?**

Seit einigen Jahren gebe ich Kurse in Spanien im Rahmen eines Weiterbildungsangebotes für RegionalpolitikerInnen; ich betreue das Modul «Direkte Demokratie». Ich bin überzeugt, dass die direkte Demokratie nach Schweizer Muster die Idealform der Demokratie ist – oder besser gesagt wäre, denn so, wie sie in der Schweiz insbesondere auf dem Land funktioniert, ist sie weit vom Ideal.

**Warum?**

Werfen wir einen Blick in meine Agenda: Ich habe jede Woche zwei bis drei Abendsitzungen, die von 20 Uhr bis 22, 23 Uhr dauern; ich bin also rund zehn Stunden pro Woche aktiv mit Politik beschäftigt. Pro Jahr verdie-

ratsfraktion und übergreifenden Themen und kann sich nicht auch noch um die Ortsparteien auf dem Land kümmern. Doch das führt dazu, dass bei uns auch Koordinations- und Organisationsaufgaben gratis erledigt werden müssen, und das heisst im Endeffekt, dass Leute gefragt sind, die IdealistInnen sind, die nicht auf Geld angewiesen sind oder die viel Freizeit haben.

**Aber die kleinen bürgerlichen Ortsparteien auf dem Land haben doch sicher ähnliche Probleme?**

Ja, aber die genannten Umstände führen dazu, dass in der Lokalpolitik vermehrt Leute vertreten sind, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen müssen, so zum Beispiel Hausfrauen und Frühpensionierte – oder, ohne jemandem zu nahe treten zu wollen, Bauern mit einem Sohn auf dem Hof: Beide Gruppen sind markant häufiger in bürgerlichen Parteien anzutreffen. In Bülach ist der Stadtpräsident frühpensioniert; er ist zwar parteilos, steht aber der SVP nahe, und er ist nicht der einzige Frühpensionierte in der Exekutive. Von deren Mitgliedern gehören drei der SVP an und je eine/r der FDP, EVP und SP.

wie es funktionieren könnte: Dort erhalten RegionalpolitikerInnen Zugang zu Kursen, in denen sie sich politisch weiterbilden können, und sie schliessen die Kurse mit einem Diplom ab, das ihnen auch in der Arbeitswelt etwas nützt. Die Kosten dafür übernimmt der Staat. Aber ein bürgerlich regierter Staat wie die Schweiz hat natürlich kein Interesse an politischer Weiterbildung.

### **Warum ist das so klar?**

Es ist einfach logisch, wenn man die Folgen einer guten politischen Weiterbildung bedenkt: Die Linke würde gestärkt, die Jungen würden gefördert, die Frauen würden sich eher ein Amt zutrauen.

### **Sie fordern also mehr Geld und mehr Bildung?**

Ja. Erstens müssten die Milizämter so abgolgten werden, dass sie nicht nur für Reiche und/oder Gewerbler interessant sind: Dem Staat sollte die Demokratie etwas wert sein. Zweitens müssten der Staat oder entsprechende Stiftungen in politische Bildung investieren; es müsste Kurse geben über den professionellen Umgang mit Budgetplanung, Rechnungsprüfung, Submissionsverordnung und so weiter.

### **Eine andere Möglichkeit wäre doch, dass der Staat die Parteien finanziert, womit diese selbst die Möglichkeit hätten, Kurse in politischer Bildung anzubieten?**

Eine staatliche Parteienfinanzierung brauchte es natürlich auch – aber zusätzlich, damit all die Gratisarbeit in den Sektionen, in Parteivorständen und für Organisationsaufgaben und Sekretariatsarbeiten anständig entlohnt werden könnte. Ich finde beides sehr wichtig. Denn sonst heisst es in der Schweiz in Zukunft ganz einfach, «reiche Leute entscheiden». Und das kann's ja nicht sein.

### **Es überleben nur die Parteien, die jemanden finden, der so viel Geld investiert wie alt Bundesrat Blocher in die SVP?**

Es geht jedenfalls, gerade wegen der SVP, heute schon immer mehr in Richtung dessen, was uns Berlusconi in Italien vorlebt. Wenn die SVP ein Amt will, dann öffnen ihre reichen Leute ihr Portemonnaie. Wenn wir Grünen in Bülach mehr Gemeinderatssitze möchten, dann hiess das, pro Sitz etwa 5000 Franken allein in Werbung investieren. Möchten wir einen Kantonsratssitz, kostete uns das rund 20000 Franken, ein Nationalratssitz etwa 60000 – und das auch nur, wenn unsere Kandidatin oder unser Kandidat topp qualifiziert und weitherum bekannt wäre. Ich frage mich, ob ein Staat wie die Schweiz wirklich riskieren will, von Reichen gesteuert zu werden und ob Geschäftsleute à la Blocher einer guten Politikultur nicht abträglich sind? Greift niemand ein, dann geht es in die Richtung – die SVP leistet sich ja schon heute ein professionelles parteiinternes Ausbildungsangebot. Und sie hat Erfolg – und setzt dem Land ihren Stempel auf.

### **Wie zum Beispiel?**

Nach rund 20 Jahren Blocher liegt die Schweiz in energiepolitischen Fragen zurück



**Eigentlich hätten die Grünen Bülach gut lachen – aber ob sie es schaffen, bei den kommenden Wahlen nochmals anzutreten, weiss auch ihre Präsidentin Johanna Wirth Calvo noch nicht.**

– gleich nach der Grenze zu Deutschland sehen Sie auf praktisch jedem Dach eine Solaranlage, während wir in Bülach für jedes Panel einen bürokratischen Marathon absolvieren müssen. Die Schweiz liegt aber auch in integrationspolitischen Fragen zurück; dass wir aktuell über den Bau von Minaretten abstimmen müssen, will ich lieber gar nicht kommentieren...

Dazu kommt, dass der Arbeitsplatz Schweiz heutzutage funktioniert, weil sich die Wirtschaft von der Politik abgekoppelt hat – womit die Politik sich nur noch damit befassen 'darf', wenn es irgendwo schief geht und die Arbeitslosenzahlen steigen. Ein garantiertes Grundeinkommen wäre ein gutes Rezept dagegen.

### **Ist für diese Entwicklung nur Blocher verantwortlich? Die Linke, insbesondere SP und Gewerkschaften, waren doch auch mal stark – nicht zuletzt auch in Sachen politische Bildung...**

Ja, aber in Bülach sieht es leider schlecht aus, hier sind wichtige Betriebe eingegangen, und die Gewerkschaften sind auf dem Land eher schwach.

### **Die Grünen Bülach haben also keinen Grund, sich auf das Wahljahr zu freuen?**

Wie mans nimmt: Wir Grünen haben in Bülach nach wie vor ein grosses WählerInnenpotenzial, und von 30 aktiven Mitgliedern sitzen immerhin drei im Gemeinderat...

### **Das ist doch ein super Schnitt!**

Ja, wenn man bedenkt, dass wir nur etwa 5000 Franken pro Person und Wahlkampf ausgeben können, ist das gewaltig. Aber wir profitieren davon, dass man sich auf dem Land kennt – mich jedenfalls kennt man in Bülach. Nicht zuletzt, weil ich 2003/2004 beim Projekt «Stadt ohne Hindernisse» mitarbeitete; ich habe zusammen mit Betroffenen

einen Stadtführer herausgegeben. So haben wir zum Beispiel erreicht, dass der Zugang zum Rathaus, aber auch zum Kino heute rollstuhlgängig ist. Oder dass Menschen im Rollstuhl heute den Geldautomaten der Kantonalbank, der früher viel zu hoch angebracht war, bedienen können. Die Arbeit an meiner Dissertation über die Darstellung von Behinderten und psychisch Kranken in der Kunst öffnet mir immer von neuem die Augen, und das nächste Projekt ist auch schon aufgegleist: Im kommenden Jahr werden Seh- und Gehbehinderte Stadtführungen leiten.

### **Und die 'klassischen' grünen Themen betreuen Sie ja sicher auch noch...**

Ja, vor einem Monat haben wir eine erste Aktion durchgeführt gegen das geplante Endlager für hochradioaktive Abfälle im Bezirk Bülach: Wir haben viele Menschen erreicht mit unserer Argumentation, dass wir zwar die Köpfe hinhalten müssen für den Abfall, den uns unsere Vorfahren überlassen haben, aber dass wir das erst machen, wenn der Atomausstieg beschlossene Sache ist. Ansonsten sind wir natürlich auch in der Flughafenpolitik aktiv, und wir kämpfen seit über 20 Jahren für eine autofreie Bülacher Altstadt.

### **Das heisst, wären die strukturellen Probleme beseitigt, dann wären die Voraussetzungen für die Grüne Partei Bülach gut bis sehr gut, und sie würde im Wahlkampf 2010 selbstverständlich wieder antreten?**

Ja, und deshalb finde ich es auch so wichtig, dass wir diese strukturellen Probleme breit diskutieren und bald einmal lösen – auch wenn es für die Grünen Bülach, übrigens eine der ältesten Ortsparteien im Kanton Zürich, für den kommenden Wahlkampf zu spät sein sollte. Denn der Mangel an Geld und politischer Bildung stellt langfristig eine der grössten Gefährdungen der Demokratie dar.